

Einleitung zum Schwerpunkt: Öffentliche Aufgaben

von Sebastian Jobelius
und Reinhold Rünker

Die Frage, was als öffentliche Aufgabe betrachtet werden kann, und in welcher Weise öffentliche Aufgaben erfüllt werden können und sollen, kann heute vor dem Hintergrund vieler und unterschiedlicher Erfahrungen diskutiert werden.

Erfahrungen und Positionen nach der Deregulierungs- und Privatisierungswelle

Während der journalistische und wirtschaftswissenschaftliche Mainstream dabei noch in weiten Teilen von einer grundsätzlichen Feindlichkeit gegenüber umfassenden Aufgabenzuweisungen an die öffentliche Hand geprägt ist, weist Hans Peter Bull in seinem Beitrag darauf hin, dass die Bevölkerung den Staat nach wie vor in der Verantwortung für die meisten Lebensbereiche sieht. Entsprechend plädiert Bull auch für eine möglichst breite Definition öffentlicher Güter und kritisiert die Fokussierung auf den im neoliberalen Diskurs skizzierten Minimalstaat. Der Kanon derjenigen Produkte und Dienstleistungen, die wirksamer öffentlicher Regulierung unterworfen sind oder in öffentlicher Verantwortung produziert oder erbracht werden, müsse vielmehr auch die sozialen und demokratischen Anforderungen berücksichtigen. Hoffnung mache in diesem Zusammenhang, dass im Bremer Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm der Frage, wie der Zugang der Menschen zu den öffentlichen Gütern gewährleistet werde, auch dann ein wichtiger Stellenwert beigemessen wird, wenn diese nicht mehr von dem Staat selbst „hergestellt“ werden. Die Formulierungen im Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm zum Bereich der öffentlichen Aufgaben trägt der Tatsache Rechnung, dass die Erfüllung öffentlicher Aufgaben auch im sozialdemokratischen Kontext pragmatisch unter der Fragestellung diskutiert wird, auf welchem Wege durch Kombination öffentlicher Regulierung und privater Leistungserbringung die besten Ergebnisse erzielt werden können. Vom vollständigen Rückzug des Staates aus der regulatorischen Verantwortung über neue Formen der Regulierung bis hin zum Verbleib der Leistungserbringung im Bereich der öffentlichen Hand finden sich so heute in Bund, Ländern und Kommunen vielfältige Formen im Umgang mit öffentlichen Aufgaben.

Aus der Not eine Tugend machen?

Dass den erfolgten Privatisierungen der letzten Jahre in der Praxis jedoch nicht nur ordnungspolitische Erwägungen zu Grunde liegen konnten, macht Ingeborg Junge-Reyer in ihrem Beitrag deutlich. So sei die Diskussion über Privatisierungsmaßnahmen von Beginn an mit der schwierigen Haushaltslage verknüpft gewesen. Dies hat zu der Situation geführt, dass die landeseigene BEWAG an die ebenfalls im (schwedischen) Staatsbesitz befindliche Vattenfall AG veräußert wurde und heute hochprofitabel einen bedeutenden Beitrag zum Gewinn des Gesamtkonzerns beiträgt. Inwieweit die Gewinne jedoch wieder in Berlin investiert werden liegt heute nicht mehr im Einflussbereich der Berliner Politik. Heute liegt der Fokus der Berliner Politik daher auch zunehmend auf der Verknüpfung von öffentlicher und privater Leistungserbringung. Das Fazit Junge-Reyers: Privatisierungsprozesse erfordern einen starken und intelligenten Staat, der über Kompetenzen am Markt verfügt, Wettbewerb ermöglicht und das öffentliche Interesse durchsetzen kann. Mit der Veräußerung von BEWAG und GASAG lag das Land Berlin keinesfalls im Trend. So sind seit der Liberalisierung des Strommarkts anders als vorhergesagt lediglich 100 der zuvor 800 Stadtwerke von den heute vier großen Stromkonzernen übernommen worden. Am Beispiel des Energiesektors zeichnet Oliver Wagner vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie die Entwicklung einer nicht zu Ende gebrachten Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik nach. Während sich die großen Stromkonzerne in Deutschland nur noch wenig Konkurrenz machen und ihre hohen Rücklagen und Gewinne zur Betätigung auf dem internationalen Strommarkt nutzen, haben die Stadtwerke ihre Kapazitäten in den letzten Jahren ausgebaut und oft auf erneuerbare Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt. Sie sind damit ein gutes Beispiel für die Annahme, dass die Entwicklung hin zu Mischformen öffentlicher und privater Aufgabenwahrnehmung zu einer verstärkten Marktorientierung bei der Aufgabenwahrnehmung und gleichzeitiger Aufrechterhaltung politischer Steuerungsmöglichkeiten führen kann. Gleichwohl ist in vielen Kommunen die Diskussion um die Privatisierung der Stadtwerke sowohl aus ideologischen Gründen als auch aus finanzieller Not heraus voll im Gange. Hinzu kommen politische Attacken auf die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden.

Politischer Gestaltungswille

Selbst wenn der politische Wille für eine starke Rolle des Staates bei der Erbringung von Leistungen im öffentlichen Interesse da ist, sind also zunehmend auch rechtliche Hürden, die einer originär öffentlichen Leistungserbringung im Wege stehen. Einen Überblick auf die Auseinandersetzungen in diesem Feld gibt Ulf-Birger Franz. Stichworte sind EU-Recht, der Sparkassen-Namenschutz, veränderte Ausschreibungsregelungen und eine Politik des Bundeskartellamts, das zunehmend kommunale Unternehmen ins Visier nimmt. Die Folgen des juristischen Drucks werden anhand von Beispielen aus verschiedenen Regionen skizziert. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen bezieht der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude Position für eine selbstbewusste und aktive Rolle der öffentlichen Hand bei der Erbringung von Aufgaben mit starkem öffentlichem Interesse – auch aus wirtschaftlichen Erwägungen. So gehören die Münchener Stadtwerke heute zu den größten Gewerbesteuerzahlern und führen beachtliche Gewinne an die Stadt ab. Gleichzeitig macht er deutlich, dass durch politische Interventionen der Spielraum für Dienstleistungserbringung in öffentlicher Verantwortung verteidigt werden muss und kann. Die Diskussion über Öffentliche Aufgaben und Möglichkeiten kommunalen Handelns sollte vor dem Hintergrund der beschriebenen Erfahrungen nicht nur defensiv geführt werden. Es zeigt sich, dass auch mit neuen

Instrumenten unter veränderten Bedingungen, ökonomische Prozesse politisch und demokratisch gestaltet werden können. Beides, die Kritik an neoliberalen Angriffen auf öffentliche Leistungen und die Betrachtung neuer Formen öffentlicher Aufgabenwahrnehmung, soll in der spw in den kommenden Ausgaben fortgeführt werden.

Inhaltsübersicht:

Einleitung zum Schwerpunkt | Sebastian Jobelius, Reinhold Rünker **12**

Absage an den Staat? | Hans-Peter Bull **14**

Zwischen Wettbewerb und gesellschaftlicher Verantwortung | Oliver Wagner **18**

Privatisierungsdiskussion und öffentliche Verantwortung | Ingeborg Junge-Reyer **22**

Öffentlicher Sektor als „Wettbewerbsverzerrung“ | Ulf Birger Franz

Quelle: spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft – spw 153 / Jg. 2007